



Rettungsantätäterin im US-Bundesstaat Massachusetts bei einer Massenimpfung in einem Baseball-Stadion: Die Vereinigten Staaten liegen mit ihrer Impfkampagne weit vor Deutschland. FOTO: FAITH NINIVAGI/REUTERS

## Die Welt impft – Deutschland debattiert

Nach dem Impf-Fehlstart in Deutschland tobt eine Diskussion, ob der Staat mehr Zwang auf die Unternehmen ausüben soll. Rat geben könnte ausgerechnet ein Politiker, von dem man es am wenigsten erwartet hätte

VON MICHAEL BAUCHMÜLLER,  
BERIT DIESELKÄMPFER,  
BJÖRN FINKE, CERSTIN GAMMELIN  
UND CLAUD HULVERSCHIEDT

Berlin – Angela Merkel hatte noch keine sechs Minuten gesprochen bei dieser Pressekonferenz, als ihr die Dinge ein wenig durcheinandergerieten. Es sei ja richtig, dass andernorts mehr gegen Corona geimpft werde als hierzulande, so die Kanzlerin sinngemäß nach ihrem Treffen mit den Länder-Ministerpräsidenten. Die entsprechenden Staaten hätten aber auch ganz andere Möglichkeiten: In den USA etwa Sorge der „War Act“ dafür, dass im Inland produzierte Vakzine vorzugsweise an Amerikaner verimpft würden, statt sie zu exportieren. Kein Wunder, so dürfte man Merckels Gedanken wohl weiterspinnen, dass es der Kollege Joe Biden leichter hat als sie selbst.

„Kriegsgesetz“, Exportverbot, „Notimpfstoffwirtschaft“ – es sind martialische Begriffe, mit denen manche Politiker, Ökonomen und Virologen in Deutschland derzeit beinahe verzweifelt versuchen, mehr Impfstoff für die Bundesbürger herbei zu diskutieren. Die Idee: Die Regierung ruft eine Art nationalen Notstand aus und zwingt alle Firmen, die technisch dazu in der Lage sind, sich an Produktion und Verteilung der Vakzine zu beteiligen. Von „staatlich organisierter Produktion“, der Aussetzung des Patentrechts und Zwangslizenzen für die Herstellung von Generika ist etwa bei der SPD die Rede, auch aus den Reihen von Grünen, CSU und FDP kamen Vorschläge. Ganz abwegig ist die Idee einer solchen „Krisenproduktion“ nicht: Während des Zweiten Weltkriegs etwa „überzeugte“ die US-Regierung die Autoindustrie und viele andere Branchen, statt zum Beispiel Pkw Panzer und Kampfflugzeuge für den Kampf gegen Nazi-Deutschland zu bauen.

Ob sich derlei Erfahrungen auf die Corona-Pandemie übertragen lassen, ist allerdings umstritten. Manches, siehe Merkel, geht zudem heftig durcheinander, denn in den USA gibt es gar keinen „War Act“ und

auch kein formelles Exportverbot für Vakzine. Wahrscheinlich meinte die Kanzlerin in ihrer Pressekonferenz ein Dekret Donald Trumps von Anfang Dezember: Darin hatte der damalige Präsident damit gedroht, bei Impfstoffengpässen notfalls mithilfe des „Verteidigungsproduktionsgesetzes“ dafür zu sorgen, dass in den USA hergestellte Vakzine im Land bleiben. Trumps Nachfolger Biden will das 1950 verabschiedete Gesetz nun auch dazu nutzen, die Fertigung von medizinischen Flaschen, Spezialspritzen und Trockeneis anzukurbeln.

Unmöglich wäre es auch in Deutschland nicht, eine Notfallproduktion anzuordnen – das erlaubt das Infektionsschutzgesetz. Es räumt dem Bundesgesundheitsministerium das Recht ein, „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung, Umstellung, Eröffnung oder Schließung von Produktionsstätten“

### Die Unwissenheit hat Methode – das liegt auch am Föderalismus

anzuordnen, um die Bevölkerung mit Impfstoffen oder Medikamenten versorgen zu können – nebst „angemessener Entschädigung“ der Unternehmen. Auch Hilfsmittel wie etwa Spritzen ließen sich so beschaffen. Voraussetzung ist die Feststellung einer „epidemischen Notlage von nationaler Tragweite“, wie sie derzeit offiziell besteht.

Die Frage ist nur: Würde eine solche Anordnung die Dinge auch wirklich beschleunigen? Oder stimmt die Aussage von Pharmafirmen wie Biontech und Bayer, dass die Branche angesichts zu weniger Produktionsstätten, Mitarbeiter und Rohstoffe längst an der Kapazitätsgrenze arbeite und auch bei staatlichem Zwang erst einmal gar nicht mehr produzieren könnte?

Das Bundeswirtschaftsministerium jedenfalls ist äußerst skeptisch, dass Zwangsmaßnahmen hilfreich wären. Untätigkeit allerdings will sich Ressortchef Peter Altmaier auch nicht vorwerfen lassen. Außer finanziellen Anreizen für die Impfstoff-

herstellung plant er gemeinsam mit dem Verband der Chemischen Industrie eine Internet-Plattform, über die der Bedarf an Kanülen, Spritzen und Kochsalzlösungen ermittelt werden soll. So soll verhindert werden, dass die Impfstoffnot von einem Mangel an medizinischem Besteck abgelöst wird.

Bisher allerdings hat das Ministerium offenbar noch nicht einmal eine Übersicht, wie viele Betriebe derzeit an der Impfstoffproduktion beteiligt sind und welche Kapazitäten es gibt. Eine Sprecherin verweist auf das Gesundheitsministerium, das Thema Impfstoffbeschaffung und -herstellung liege „komplett“ im Ressort von Minister Jens Spahn. Dort wiederum heißt es, Spahn sei „in ständigem Kontakt“ mit den Ländern und den Pharmafirmen, um Lieferketten zu sichern und Produktionskapazitäten auszubauen. Eine Liste aber hat auch Spahn offensichtlich nicht. Ein Ministeriumssprecher empfiehlt, man möge sich an die Wirtschaftsverbände wenden.

Die Unwissenheit hat offenbar Methode: Im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe etwa kann man nicht einmal sagen, welche Bundesländer und Landkreise den Katastrophenfall ausgerufen haben. Grund: der Föderalismus. Laut Grundgesetz sind für den Katastrophenschutz die Länder zuständig – und die gehen ganz unterschiedlich vor: Während Bayern als einziges Land schon im Frühjahr in den Katastrophenmodus umschaltete, um Maßnahmen besser koordinieren und Entscheidungen beschleunigen zu können, gibt es in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz nicht einmal eine Befugnis für eine landesweite Regelung.

Ein wenig aufgeschlossener als Altmaier klingt Finanzminister Olaf Scholz: Zwar hält auch er hoheitliche Maßnahmen erst dann für sinnvoll, wenn alle anderen Schritte nicht funktionieren. Komme man aber tatsächlich nicht voran, müsse man die Frage im Kopf haben, so der Minister.

Auch in der EU, die den Impfstoffmangel durch zögerliches Bestellen bekanntlich mitverursacht hat, wird über Notfall-

regeln zumindest nachgedacht. Ratspräsident Charles Michel brachte jüngst einen Artikel des sogenannten AEU-Vertrags ins Gespräch, der eigentlich regelt, dass die Gemeinschaft bei Katastrophen Mitgliedstaaten finanziell unterstützen darf. Nach Ansicht von Michels Juristen kann man den Artikel aber auch breiter auslegen: So könne er der EU und den Mitgliedstaaten die Rechtfertigung liefern, Pharmafirmen etwa zu zwingen, Impfstoff-Patente mit anderen Herstellern zu teilen. Die EU-Kommission hat zudem Exportbeschränkungen für Corona-Vakzine verhängt.

Ob das impf- und wirtschaftspolitisch alles sinnvoll ist, darüber gehen auch bei Ökonomen die Meinungen weit auseinander. Über die sozialen Medien werden Vorschläge und Gegenvorschläge lanciert, oft genug geht allerdings auch dabei einiges durcheinander. So wurde Biontech-Finanzvorstand Sierk Poetting kritisiert, weil er Staatshilfe für die Impfstoffherstellung wolle, obwohl er zuvor gesagt habe, dass mehr Geld nicht helfe. Der vermeintliche Widerspruch ist aber eigentlich gar keiner,

### In Zukunft könnten jährliche Impfungen nötig werden – wegen Virusmutationen

denn Poetting sprach einmal über die Vergangenheit und einmal über die Zukunft – eine Zukunft, in der wegen Virusmutationen jährliche Impfungen nötig werden könnten. Anders gesagt: Der Aufbau der Produktion im Jahr 2020 hätte auch mit Subventionen kaum beschleunigt werden können, der Ausbau aber kann es sehr wohl. Ein Regierungssprecher sagte, man spreche mit Biontech bereits über finanzielle Absicherungen. „Wir werden alles Notwendige zur Unterstützung tun.“

Zu denen, die die Dinge ähnlich sehen wie Poetting, gehört Sebastian Dullien, Chef des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Berlin. „Mein Eindruck ist, dass die Industrie derzeit tut,

was in ihrer Macht steht, um so viel Impfstoff wie möglich herzustellen. Ich bin mir deshalb nicht sicher, ob das sich mit einem Gesetz wirklich entscheidend beschleunigen ließe“, sagt er – und warnt zugleich vor Exportbeschränkungen: „Erstens könnten dadurch auch Lieferketten zerstört werden, die wir selbst brauchen, und zweitens nutzt es uns auch nichts, wenn umhersum nicht geimpft werden kann.“

Wenn es etwas gibt, das tatsächlich hilft, dann ist es aus Sicht Dulliens eine frühzeitige, enge Kooperation zwischen Staat und Pharmafirmen. „Hätte es die im vergangenen Jahr schon gegeben, stünde heute möglicherweise mehr Impfstoff zur Verfügung“, sagt er. Belege für seine Aussage – und damit wäre man wieder bei Merkel – finden sich in den USA, wo seit Mai 2020 die „Operation Warp Speed“ läuft, jene gemeinsame Impfstoffkampagne von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand, deren Name den turboschnellen Raumgleitern aus der „Star Trek“-Serie entlehnt ist.

Das Projekt ruht auf drei Säulen. Erstens: einem klaren Zeitplan, der allen Beteiligten als Richtschnur dient. Zweitens: der Bündelung der Forschungskapazitäten sowie der Einbeziehung aller relevanten Pharmafirmen und Logistikdienstleister. Und drittens: der Überwachung und Koordination aller Schritte durch das Wirtschafts-, das Verteidigungs- und das Gesundheitsministerium, die immer dann einzelne Paragraphen des Verteidigungsproduktionsgesetzes nutzen, wenn es zum Beispiel notwendig ist, den Staat an anderen privatwirtschaftlichen Kunden der Pharmafirmen vorbei auf Platz eins der Warteliste zu setzen. Bis Anfang Februar konnten so in den USA rund 50 Millionen Impfdosen produziert und fast 100 000 Verteilzentren eingerichtet werden.

Donald Trump also als Vorbild? Ausgerechnet jener Präsident, der lange prophezeite, das Virus werde von ganz alleine wieder verschwinden? Das ist eine weitere, bittere Pointe in dieser scheinbar nicht enden wollenden Corona-Pandemie.